

6.2 **Seminare in Kooperation mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ)**

Die enge Zusammenarbeit im Bildungsbereich zwischen der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) und der agah fand auch im Zeitraum des hier vorliegenden Berichts ihre Fortsetzung. In den Jahren 2002/03 wurden 13 Fachtagungen und 3 Wochenendseminare vereinbart und durchgeführt. Insgesamt besuchten mehr als 300 Personen die Veranstaltungen.

Folgende Übersicht veranschaulicht die Bildungsangebote in den Jahren 2002 und 2003. Zusätzlich erfolgen einige Anmerkungen zu den Inhalten.

2002

Wochenendseminar mit der HLZ

1. „Rhetorik und Kommunikation“ am 08.-09.06.2002 in Wiesbaden-Naurod

Mitglieder im Ausländerbeirat, vor allem die Vorsitzenden, sind ständig in öffentliche, kommunikative Prozesse eingebunden, sei es bei Sitzungen, in Ausschüssen, in der Stadtverordnetenversammlung, bei öffentlichen Veranstaltungen, mit der Presse, mit Migrantenvereinen, usw. In vielfältigen Situationen wird die Meinung des Ausländerbeirats erfragt.

Unter der Leitung der erfahrenen Referentin Cornelia Jitschin erfuhren die 21 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Wochenendseminars unter anderem von Gruppenprozessen, Gruppenleitung, Redestrategien, Diskussionsleitung und Regeln und Techniken der Rhetorik. Sie probten spontanes Reden, konstruktive Argumentation und bereiteten Redebeiträge vor.

Das Seminar ist von den teilnehmenden Ausländerbeiratsmitgliedern sehr positiv bewertet worden und eine Fortsetzung in 2003 wurde gewünscht.

Tagungen mit der HLZ:

1. „Rechtliche Grundlagen für die Arbeit im Ausländerbeirat“ am 02.02.2002 in Rödermark

Es nahmen insgesamt 34 Personen an dem Seminar teil. Die Mehrheit davon waren neu gewählte Ausländerbeiratsmitglieder, einige hatten jedoch schon eine Wahlzeit hinter sich und waren interessiert, ihr Wissen aufzufrischen bzw. zu ergänzen.

Der Referent Wolfgang Schwab, langjähriger Geschäftsführer des Ausländerbeirats Hanau, erläuterte die Paragraphen der HGO von § 1 (Gemeinde als Grundlage des demokratischen Staates) über § 4b (Gleichberechtigung von Mann und Frau) bis hin zu den §§ 84-88, die sich explizit mit der Arbeit, den Rechten und Pflichten der Ausländerbeiräte beschäftigen.

Die Satzung der Gemeinde und die Geschäftsordnung der Ausländerbeiräte, die Ausstattung der Ausländerbeiräte (z.B. Geschäftsstelle, finanzielle Mittel, Zugang zu Sitzungs- und Beratungsräumen), die Frage, welche Angelegenheiten es sind, die die ausländischen Einwohner betreffen, welche Aufgaben und Befugnisse den Ausländerbeiräten zustehen, die Verschwiegenheitspflicht, die Entschädigung, der Kündigungsschutz, die Teilnahme an den Ausschusssitzungen und der Stadtverordnetenversammlung und das Stellen von Anträgen waren einige der Themen, die besprochen und von den Teilnehmern bei diesem Seminar ausführlich diskutiert wurden.

2. „Der Ausländerbeirat als politisches Gremium“ Teil 1
„Grundlagen der Kommunalpolitik“ am 09.03.2002 in Gießen

Die Tagung, die im Stadtverordnetensaal der Stadt Gießen stattfand, war mit 52 Teilnehmern sehr gut besucht.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer stellten sich mit Angaben über ihre bisherige Erfahrung in der Kommunalpolitik vor. Festzustellen war, dass die überwiegende Mehrheit der neu gewählten Ausländerbeiratsmitglieder bisher über keine politische Erfahrung verfügte.

Der Politikwissenschaftler Klaus Schiller referierte über den Aufbau des politischen Systems in der Bundesrepublik. Er erläuterte das föderale System und erklärte die unterschiedlichen Gesetzgebungskompetenzen in Bund, Länder und Kommune. Er ging dabei auch auf die historischen Wurzeln und die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung ein. Einen Einblick gab der Referent auch bezüglich der Kommunalen Spitzenverbände: dem Hessischen Städtetag, dem Hessischen Landkreistag sowie dem Hessischen Städte- und Gemeindebund.

Darüber hinaus wurden die rechtlichen Grundlagen (HGO) für die Arbeit im Ausländerbeirat erläutert und viele Fragen zu den Rechten, Befugnissen und Aufgaben der Ausländerbeiräte beantwortet. Erfahrungen mit der unterschiedlichen Wahrnehmung dieser Rechte in den jeweiligen Gemeinden und Städten wurden ausgetauscht.

Herr Schiller referierte über Aufgaben und Zusammensetzung der kommunalpolitischen Gremien der Kommune und über die Arbeit der Ausschüsse und Kommissionen der Gemeindevertretung. Er erklärte die Funktionen von Eigenbetrieben, Eigengesellschaften und Zweckverbänden. Es gab viele Fragen an den Referenten und es folgte eine rege Diskussion unter den anwesenden Ausländerbeiratsmitgliedern.

Der Referent äußerte sich abschließend beeindruckt über die Aufmerksamkeit und das starke Interesse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

3. „Der Ausländerbeirat als politisches Gremium“ Teil II

„Von der Idee zur praktischen Umsetzung“ am 20.04.2002 in Gießen

An der Tagung, die im Stadtverordnetensaal der Stadt Gießen stattfand, nahmen 30 Personen teil. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die überwiegend neu gewählte Mitglieder waren, hatten schon Vorkenntnisse durch ihre Teilnahme an Teil I der Seminarreihe oder einem anderen Einführungsseminar.

Die Referentin, Frau Gerhild Brüning, hatte zum Ziel, dieses theoretische Wissen durch praktische Arbeit zu vertiefen.

Es wurde mit Karten gearbeitet, um die Ideen für die Arbeit im Ausländerbeirat zu notieren. Die Karten wurden ausgewertet und gewichtet.

Das größte Interesse fanden folgende 2 Themen:

1. Transparenz/Öffentlichkeitsarbeit
2. Rede-, Antrags- und Stimmrecht.

Die Themen wurden daraufhin in Gruppenarbeit weiter bearbeitet. Die Ergebnisse der Gruppenarbeit waren vielfältig und wurden ausgiebig diskutiert. Drei konkrete Aufgabenfelder wurden anschließend in kleinen Gruppen weiter bearbeitet.

Abschließend wurde über die Realisierbarkeit und den Umfang der Arbeit gesprochen. Frau Brüning betonte die Wichtigkeit einer realistischen Zielsetzung und Einschätzung der Arbeit, um erfolgreich handeln zu können, anstatt durch überhöhte Erwartungen in Frustration stecken zu bleiben.

4. „Aufgabe und Rolle der/des Vorsitzenden“ am 04.05.2002 in Rüsselsheim

Die 40 teilnehmenden Ausländerbeiratsmitglieder waren überwiegend Vorsitzende oder deren Stellvertreter sowohl aus den kommunalen Beiräten als auch aus den Kreisausländerbeiräten. Der Referent Jean-Pierre Luyten, langjähriger Ausländerbeiratsvorsitzender, erläuterte die Begriffe der kommunalen Organe, die betreffende Gesetzgebung der Hessischen Gemeindeordnung, die Hauptsatzung der Gemeinde und die Gestaltung einer Geschäftsordnung für den Ausländerbeirat. Unter dem Punkt Geschäftsordnung wurde auch die Sitzungsleitung diskutiert und die Teilnehmer mit den Aufgaben der/des Vorsitzenden vertraut gemacht.

Weitere Fragen zu den Aufgaben der/des Vorsitzenden, die ausführlich diskutiert wurden, waren:

- Motivation – wie sind die Ausländerbeiratsmitglieder in die Arbeit einzubinden?
- Öffentlichkeitsarbeit – wie plant man Öffentlichkeitsarbeit? Sind Pressemitteilungen alleinige Aufgabe der Vorsitzenden?
- Wähler aktivieren – wie fördere ich den Kontakt zur Basis?
- Kontakt/Kommunikation mit den Fraktionen
- „Mittel für den Ausländerbeirat“ – Sachmittel, Haushalt, Dienstreisen, usw.

- Umgang mit Behörden
- Sitzungsleitung – wie gehe ich mit Störungen in der Sitzung um?

5. „Methodisches Arbeiten im Ausländerbeirat“ am 25.05.2002 in Herborn

Aus 7 verschiedenen Ausländerbeiräten kamen die 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung in Herborn, Stadtteil Merkenbach.

Mit Fragen „Was ist ein Ausländerbeirat und welche Berechtigung hat er?“, „Welche Ansprüche hat man an sich selbst und an die Arbeit und wie nutze ich meine Kompetenzen und entwickle sie weiter?“ leitete Murat Çakir, langjähriger Vorsitzender des Bundesausländerbeirats und der agah, den theoretischen Teil der Tagung ein.

Wie man Ziele setzt und definiert, welche Art von Zielen es gibt und wie man für seine Ziele Fristen setzt, wie realistisch sie sind und in welchen Schritten sie erreicht werden können, erklärte er anhand von konkreten Beispielen aus der Praxis.

Herr Çakir referierte zudem über Zeitmanagement und unterstrich, wie wichtig dies für die ehrenamtliche Arbeit sei.

Ein reger Austausch fand über die Erfahrungen in den Ausländerbeiräten und Ziele und Wünsche der einzelnen Beiratsmitglieder statt. Themen wie Integration, Zweisprachigkeit, Förderung der Jugend, Ausbildung, Diskriminierung und die Auswirkung von Ausländerfeindlichkeit wurden besprochen.

6. „Integrationsarbeit vor Ort“ am 14.09.2002 in Babenhausen

Dr. Walter Kindermann, Leiter der Abteilung Integration beim Hessischen Sozialministerium, referierte über das Landeskonzept zur Integration und seine Arbeit. Er sieht Integration als eine Querschnittsaufgabe. Integration soll in allen Ministerien und Ämtern stattfinden. Er betont, dass Partizipation von Zugewanderten auf allen Ebenen gefordert werden muss.

Bedauert wurde die Diskrepanz zwischen Integrationskonzept und verfügbaren finanziellen Mitteln für die Förderung der Integration. Die vor-

handenen Mittel sind für die potenziellen Zuwanderer gedacht und nicht für die Integration der bereits eingewanderten Menschen.

Dr. Kindermann berichtet vom Staatssekretärsausschuss und dessen Maßnahmenkatalog zur Integration, dem Integrationsbeirat und seinen Themen, den Sprachfördermaßnahmen für Kinder im Kindergartenalter, dem Integrationskompass im Internet für Projekte und Initiativen zur Integration.

Vier verschiedene Projekte/Initiativen, die vor Ort die Integration fördern, wurden präsentiert:

€ Herr Göksal Arslan, Vorsitzender des Ausländerbeirats Rodgau, berichtet über den Entstehungsprozess des Integrationskonzepts der Stadt Rodgau. Einem Konzept des Ausländerbeirats, das von allen parlamentarischen Fraktionen getragen und vom Integrationsausschuss der Stadtverordnetenversammlung gesteuert wird. Er erläutert die Maßnahmen aus dem Konzept, die schon verwirklicht sind und weitere Pläne, die noch durchgeführt werden sollen. Er erklärt den Sinn und die Strukturen zweier neu gegründeter Vereine, die unterstützend im Hintergrund arbeiten bzw. als Träger fungieren, und die Finanzierung der Maßnahmen.

€ Frau BunNam Vogt und Frau Ayse Güleç vom „Büro für interkulturelle Vermittlung und Mediation im Schlachthof Kassel“ berichten über ihre Projekt in der Kasseler Nordstadt.

Das Büro ist zuständig für die Vermittlung geschulter Mediatorinnen und für die Qualifizierung von Frauen in diesem Bereich. Momentan stehen 15 ausgebildete Frauen für interkulturelle Vermittlung und Mediation zur Verfügung. Die 15 Frauen beherrschen insgesamt über 40 verschiedene Sprachen. Eingesetzt werden sie bei der Verwaltung, in Krankenhäusern und beim Arzt, in Bildungseinrichtungen, in Betrieben, bei Nachbarschaftskonflikten, usw.

Das Projekt wurde im ersten Jahr durch EU-Mittel finanziert, dann ab 2001 für drei weitere Jahre vom Hessischen Sozialministerium, dem Bundesministerium für Arbeit und der Stadt Kassel.

€ Frau Yasemin Bulut, Pädagogin aus Taunusstein, berichtet über ihr Projekt zur „Förderung der Integration ausländischer Kinder in Kindergärten der Stadt Taunusstein“. Dieses Projekt wird vom Hessischen

Sozialministerium, dem Ausländerbeirat Taunusstein und dem Integrationsbüro des Rheingau-Taunus-Kreises unterstützt. Die Sprachförderung findet in den Kindergärten statt und wird in den Kindergartenalltag eingebettet. Frau Bulut betont die Wichtigkeit der Berücksichtigung der Erstsprache im Kindergarten, sowie die Zusammenarbeit mit den Eltern bei der Stärkung der Erstsprache, um einen erfolgreichen Einstieg in das Erlernen von Deutsch als Zweitsprache zu ermöglichen.

€ Frau Louise Ellenbroek-Ries berichtet über die Kurse „Deutsch als Fremdsprache für Frauen“, die der Ausländerbeirat Niedernhausen eingerichtet hat und betreut. Die Kursleiter sind durch Zeitungsannoncen gefunden worden und arbeiten auf Honorarbasis. Die Kosten werden aus Kursteilnehmergebühren und Zuschüssen aus einem speziell eingerichteten Posten im Ausländerbeiratsetat aufgebracht.

7. „Das 1x1 des kommunalen Haushalts“ am 19.10.2002 in Wald-Michelbach

18 kommunale Ausländerbeiratsmitglieder waren nach Wald-Michelbach im Odenwald gekommen, um sich zum Thema „Kommunaler Haushalt“ weiterzubilden.

Referent Claus Rosendahl, Kommunalpolitiker und Hochschullehrer an der Verwaltungsfachhochschule in Darmstadt, erläuterte die Aufgaben und Befugnisse der Ausländerbeiräte. Er stellte fest, dass zu den wichtigen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen (§ 88 HGO) auch der kommunale Haushalt gehört. Somit sei der Haushalt für den Ausländerbeirat ein Themenbereich, mit dem er sich befassen sollte.

Sowohl die Paragraphen der HGO, die die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan regeln, als auch die Zuständigkeitsbereiche für den Haushaltsentwurf innerhalb der Verwaltung und die Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung wurden besprochen.

Die Teilnehmer wurden fachkundig in Aufbau des Haushalts, Gliederung der Einzelpläne, Verwaltungs- und Vermögenshaushalt und Investitionsplan eingeführt. Die Verwaltungsreform, die schon in einigen Gemeinden umgesetzt wird, wurde ebenfalls angesprochen.

Konkrete Fragen zum Haushalt des Ausländerbeirats wurden gestellt. Geeignete Wege, um eine Änderung bzw. eine Erhöhung des Haushalts zu beantragen, wurden besprochen. Die Teilnehmer stellten fest, dass die Bereitstellung der Mittel, die Ausländerbeiräte zur Verfügung haben, um ihre Aufgaben zu erledigen, von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich geregelt ist.

Durch seine Nähe zur Kommunalpolitik (Gemeindevertreter und Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses in seiner Gemeinde) konnte der Referent mit seinem „Insiderwissen“ sehr genau auf die Fragen der Teilnehmer eingehen und praxisbezogene Tipps geben.

„Einmaleins des Haushalts“

Fachtagung für Ausländerbeiräte in Wald-Michelbach

Wald-Michelbach. (-) 18 kommunale Ausländerbeiratsmitglieder aus Hessen waren zu einer Fachtagung unter dem Motto „Das Einmaleins des kommunales Haushalts“ nach Wald-Michelbach gekommen, zu der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen/Landesausländerbeirat (AGAH) eingeladen hatte.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Ausländerbeirats Wald-Michelbach, Drasko Januzi, AGAH-Vorstandsmitglied Sawzan Chahrour und Margaret Haas von der Geschäftsstelle der AGAH, stellte sich der Referent Claus Rosendahl, Kommunalpolitiker und Hochschullehrer an der Verwaltungsfachhochschule in Darmstadt, vor. Bürgermeister Joachim Kunkel, der von einem auswärtigen Termin später dazu kam, lobte in seinen Begrüßungsworten das Engagement des hiesigen Ausländerbeirats.

Die Teilnehmer stellten sich in der Runde vor. Sie berichteten über den jeweiligen Haushaltsplan ihrer Stadt sowie den Etat ihres Ausländerbeirats und drückten ihre Erwartungen in die Tagung aus. Der Referent legte viel Wert auf einen Dialog mit den Ausländerbeiratsmitgliedern und es gab während des Tages viele Möglichkeiten, über die jeweilige Situation in den Gemeinden und in den Gremien zu sprechen.

Mit Hilfe von Folien erläuterte Rosendahl die Aufgaben und Befugnisse der Ausländerbeiräte. Er stellte fest, dass zu den wichtigen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen auch der kommunale Haushalt gehört. Somit sei er für

den Ausländerbeirat ein Themenbereich, mit dem er sich befassen sollte.

Sowohl die Paragraphen der Hessischen Gemeindeordnung, die die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan regeln, als auch die Zuständigkeitsbereiche für den Haushaltsentwurf innerhalb der Verwaltung und die Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung wurden besprochen. Die Teilnehmer wurden fachkundig in Aufbau des Haushalts, Gliederung der Einzelpläne, Verwaltungs- und Vermögenshaushalt und Investitionsplan eingeführt. Die Verwaltungsreform, die schon in einigen Gemeinden umgesetzt wird, wurde ebenfalls angesprochen.

Konkrete Fragen zum Haushalt des Ausländerbeirats wurden gestellt. Geeignete Wege, um eine Änderung beziehungsweise eine Erhöhung des Haushalt zu beantragen, wurden besprochen. Die Teilnehmer stellten fest, dass die Bereitstellung der Mittel, die Ausländerbeiräte zur Verfügung haben, um ihre Aufgaben zu erledigen, von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich geregelt sei.

Durch seine Nähe zur Kommunalpolitik konnte der Referent mit seinem „Insiderwissen“ sehr genau auf die Fragen der Teilnehmer eingehen und praxisbezogene Tipps geben. Zum Schluss wünschten sich einige der Anwesenden eine Fortsetzung als „Zweimal eins des kommunalen Haushalts“. Für das leibliche Wohl der Teilnehmer sorgte der gastgebende Ausländerbeirat mit warmen und kalten Getränken und üppig belegten Brötchen.

07.11.2002

2003

Wochenendseminare mit der HLZ

1. „Rhetorik und Kommunikation II“ am 10.-11.05.2003 in Wiesbaden-Naurod

Als Fortsetzung und Ergänzung eines themengleichen Wochenendseminars in 2002 wurde diese Veranstaltung angeboten, die sich regen Zulaufs erfreute. Hauptsächlich handelte es sich bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern um Ausländerbeiratsmitglieder, die bereits das Grundlagenseminar im Vorjahr besuchten. Auf ihr Wissen aufbauend, konnten theoretische Inhalte reduziert und praktische Übungen ausgebaut werden. Insbesondere eigene Redebeiträge und ihre kritische Bewertung durch die Referentin führten zu einem großen Nutzen für die Anwesenden. Es sollte zu hoffen sein, dass sich die gewonnenen Erkenntnisse auch positiv auf die Ausländerbeiratsarbeit vor Ort auswirken, sodass beispielsweise die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Außendarstellung weiter verbessert werden kann.

2. „Mehrsprachigkeit, Erstsprache, Zweitsprache“ am 05.-06.07.2003 in Meinhard-Grebendorf

Die Europa-Akademie im nordhessischen Meinhard-Grebendorf war Austragungsort einer spannenden und interessanten Veranstaltung, die sich verschiedenen Aspekten rund um das Thema „Sprache“ widmete. Vor dem Hintergrund einer Ausweitung entsprechender Fördermaßnahmen im Land Hessen und neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse, konnte eine äußerst aktuelle und bedeutsame Thematik unter optimalen Tagungsbedingungen erörtert werden. Dies war nicht zuletzt auch ein Verdienst der kompetenten Referentinnen, die zudem den vielfältigen Nachfragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer jederzeit offen gegenüberstanden.

Das Wochenendseminar bot ausreichend Raum für eine kritische Auseinandersetzung mit den Schwerpunkten der Sprachförderung, wie sie für Hessen zu konstatieren sind. Ob die alleinige Fixierung auf die deutsche Sprache (und ihren Erwerb) der richtige Weg ist, konnte abschließend nicht eindeutig geklärt werden. Dies war allerdings auch nicht Anspruch

der Tagung. Neben sprachtheoretischen Inhalten (z.B. sog. Sprachbaum) stand die Bedeutung des Unterrichts in den Herkunftssprachen im Mittelpunkt der Betrachtungen. Hieraus ergab sich die Kardinalfrage, ob das Beherrschen der Muttersprache das Erlernen der deutschen Sprache bedingt bzw. erleichtert. Eine Frage, die abschließend nicht eindeutig geklärt werden konnte und die auch innerhalb der Wissenschaft kontrovers diskutiert wird. Sollten hier zukünftig weitere Forschungsergebnisse vorliegen (wovon auszugehen ist), steht einer Neuauflage des Themas im Rahmen unseres Bildungsangebotes nichts im Wege.

Tagungen mit der HLZ:

1. „Das neue Zuwanderungsgesetz“ am 15.02.2003 in Mühlheim am Main und am 22.11.2003 in Langen

Gleich zwei Veranstaltungen zu einem Thema. Was könnte die Bedeutung für die Ausländerbeiräte stärker charakterisieren, als dieser Umstand? Obwohl das Zuwanderungsgesetz erst 2004 zustande gekommen ist und die letzten parlamentarischen Hürden genommen hat, zeichneten sich schon im Jahr zuvor wichtige und entscheidende Details ab. Grund genug, sich diesen im Rahmen zweier Tagesveranstaltungen inhaltlich zu nähern. Von der sich bietenden Gelegenheit machten zahlreiche Beiratsmitglieder Gebrauch. Anhand zahlreicher Dokumente und ersten Entwürfen zum Gesetz konnten den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Grundzüge des Normenwerkes vermittelt werden. Zahlreiche Wortmeldungen und kontrovers geführte Diskussionen belegten, dass viele Punkte strittig waren und hinsichtlich ihrer realen Auswirkungen in der Praxis durchaus negativ beurteilt wurden. Bei dieser Veranstaltung spielte jedoch auch die das Gesetzgebungsverfahren begleitende flankierende politische Auseinandersetzung im Bundestag und Bundesrat eine wichtige Rolle. So wurde sich beispielsweise intensiv mit den Positionen der verschiedenen Parteien und Bundesländer auseinandergesetzt. Einzelne Passagen des Gesetzentwurfs stellten die Tagungsteilnehmer in Kontext zu ihrer Arbeit im Ausländerbeirat und mit Migrantinnen und Migranten. Es wurde deutlich, dass der Name „Zuwanderungsgesetz“ nur bedingt passend erscheint und seiner Bedeutung nicht immer gerecht wird.



2. „Frauennetzwerke“ am 22.03.2003 in Karben

„Frauennetzwerke“ und Ausländerbeiräte: Wie passt das zusammen? Für die (ausschließlich weiblichen) 11 Teilnehmerinnen stellte sich diese Frage offenkundig nicht. Sie fanden sich in Karben zu einer Veranstaltung ein, die schlicht mit dem Titel „Frauennetzwerke“ überschrieben war. Ein Novum in der Geschichte des agah-Bildungsprogrammes: Eine geschlechtsspezifische Veranstaltung. Thematisiert wurden die Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Politik und die Perspektiven und Strategien der Frauen auf verschiedenen Ebenen. Zentral war hingegen auch die Frage, was ein Frauennetzwerk überhaupt sei und wie dieses die Arbeit der Frauen unter den Ausländerbeiratsmitgliedern unterstützen könne. Am Ende der Veranstaltung stand der Wunsch, aus der Tagungsgruppe heraus ein Netzwerk aufzubauen. Auf der Basis eines ersten E-Mail-Adressenaustausches wurde der Grundstein hierfür gelegt.

3. „Die Macht der Sprache“ am 26.04.2003 in Groß-Gerau

Ausgehend von der Berichterstattung in den Medien, die gegenüber Menschen anderer Herkunft nicht immer fair und frei von Diskriminierungen erscheint, gingen die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Frage nach, welche reale Macht das geschriebene und gesprochene Wort in der Öffentlichkeit entfaltet. Wie beeinflusst zum Beispiel die Benennung von Nationalität oder ethnischer Herkunft bei Straftätern oder Verdächtigen die gesellschaftliche Meinung gegenüber anderen Personen dieser Staatsangehörigkeit? Welche Möglichkeiten hat der Ausländerbeirat, in seiner Kommune auf eine diskriminierende Lokalpresse Einfluss zu nehmen? Aus einer Vielzahl von Meinungsäußerungen entwickelten sich Antworten, die einen hohen Praxisbezug erkennen ließen und auch jenen Ausländerbeiräten empfohlen seien, die nicht durch Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Veranstaltung vertreten waren.



4. „Integrationsarbeit vor Ort“ am 08.11.2003 in Hofheim am Taunus

Nur wenige Begriffe entwickelten in 2003 soviel Popularität, wie „Integration“. Ob Integrationspolitik, Integrationsbeauftragte, Integrationsbeirat oder Integrationspreis: Oftmals war und ist von Integration die Rede, aber nur selten werden diese Begriffe auch mit Inhalt gefüllt. Genau dies war jedoch Ziel unserer Veranstaltung in Hofheim am Taunus, zu der

viele Interessierte kamen. Ein besonderes Erkenntnisinteresse galt der Situation auf lokaler Ebene. Wie sieht (sinnvolle) Integrationsarbeit in Stadt und Gemeinde aus und welchen Beitrag ist ein Ausländerbeirat imstande zu leisten? Die anwesenden Referentinnen und Referenten gaben zum einen Einblick in verschiedene Integrationskonzepte und ihre Umsetzung auf lokalem Gebiet und zum anderen wurden bereits gesammelte Erfahrungen aus den benachbarten Ländern der Bundesrepublik Deutschland skizziert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wiederum schilderten ihre persönlichen Erfahrungen und differenzierten nach bewährten und weniger bewährten Integrationsprojekten.



5. „Sprachförderung im Kindergarten“ am 13.12.2003 in Hanau

Praxisorientiert und voller Lebendigkeit präsentierten sich die Referentinnen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Hanau. Die gezielte Sprachförderung von (aber nicht ausschließlich) Migrantenkindern wird in einigen Hanauer Kindertagesstätten praktiziert, und so lag es auf der Hand, Kompetenz und Sachverstand von vor Ort zu rekrutieren. Anschaulich und mit vielen Beispielen wurde auf die wichtigsten Inhalte von Sprachförderung im frühkindlichen Bereich eingegangen. Dabei kamen

auch Aspekte wie Finanzierung, Antragstellung, Elternarbeit und Organisation zur Sprache. In einem stärker theoretisch geprägten Teil der Tagung ging es um Sprachwahrnehmung und Spracherlernen bei Kleinkindern. Die Tagungsergebnisse sollen nach Möglichkeit in die konkrete Arbeit der Ausländerbeiräte miteinfließen.

